

## **9. Landesparteitag der Linkspartei.PDS 2. Tagung, 21./22. 10. 2006 in Schmalkalden**

### **Beschluss**

*(Dieser Beschluss wurde durch die Delegierten der 2. Tagung des 9. Landesparteitages einstimmig gefasst.)*

## **BAUSTEINE DER LINKSPARTEI.PDS THÜRINGEN FÜR EINE STRATEGIE IM KAMPF GEGEN RECHTSEXTREMISMUS**

### **Einleitung**

Rechtsextremismus bezeichnet für uns<sup>1</sup> die Gesamtheit von Einstellungsmustern, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen und ihre Zielsetzungen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat verfolgen.

In Abgrenzung zu staatlichen Strukturen - welche eine eher eng gefasste Rechtsextremismusdefinition verwenden und mit diesem Begriff lediglich organisatorische Strukturen von Rechtsextremisten und Neofaschisten (und die Personen, die in solchen organisiert sind) meinen - geht die Linkspartei.PDS Thüringen in ihrer Analyse des Neofaschismus und der Entwicklung einer Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus von einem sehr viel weiter gefassten Rechtsextremismusbegriff aus.

Die Linkspartei.PDS bezieht in ihre Analyse des Rechtsextremismus die Verankerung und Verbreitung rechtsextremer Ideologie und Ideologieansätze in der Gesellschaft ein, weil nur unter Beachtung dessen eine an den eigentlichen Problem orientierte gesellschaftliche Gegenstrategie entwickelt werden kann.

Kritisch ist hierbei die in weiten Teilen mit als ursächlich zu bezeichnende Politik der etablierten Parteien einzubeziehen, die zunehmend auf eine Rückbesinnung auf völkische Werte, Stärkung autoritärer Staatsstrukturen und die gesetzlich legitimierte Diskriminierung von Nicht-Deutschen setzt.

Rechtsextreme Organisationen versuchen, mittels neuer Strategien in der Gesellschaft Fuß zu fassen.

Dabei setzen sie auf die Pflege eines „Saubermann-Images“ und die Besetzung sowohl gesellschaftlich brisanter als auch alltäglicher Themen. Das prägt die derzeitige Strategie des organisierten Rechtsextremismus.

Mit diesen neuen Strategien gelingt es den Rechtsextremisten immer besser, sich in der Alltagswelt zu verankern, kommunale Strukturen aufzubauen und ihren ideologischen Einfluss zu verstärken. Die drängenden sozialen und ökonomischen Probleme der Bevölkerung werden entlang der rassistischen, völkischen und aggressiv nationalen Grundausrichtung des Neofaschismus beantwortet. Tatsächliche praktikable Alternativen

---

<sup>1</sup> nach H.G. Jaschke

werden nicht formuliert, die Rechtsextremen verfolgen langfristig das Ziel der Zerschlagung der derzeitigen politischen Ordnung und der Wiedererrichtung einer faschistischen Diktatur. Das ist der Kern der Systemalternative von Rechtsaußen. Dass Rechtsextreme Erfolg haben, belegen neben zahlreichen Studien nicht zuletzt die Ergebnisse der rechtsextremen Parteien bei Bundes- und Landtagswahlen, zuletzt mit dem Einzug der rechtsextremen NPD in den Landtag Mecklenburg Vorpommerns und in vier Berliner Bezirksverordnetenversammlung.

In Thüringen wie auch in anderen Bundesländern bedarf es eines verstärkten Engagements einer aufgeklärten und progressiven Zivilgesellschaft gegen die Akzeptanz und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen. Bisher stehen den langfristigen Entwicklungen nur partielle, kurzfristige Erfolge, ohne diese gering zu schätzen, gegenüber.

Um aus dieser Situation herauszukommen, bedarf es einer Strategie gegen die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen einerseits und gegen die Verfestigung rechtsextremer Strukturen andererseits. Eine derartige Strategie muss auf der konkreten Beschreibung der Problemlagen, der theoretischen Grundlagen des Rechtsextremismus und auf Analysen über deren Ursachen aufbauen.

Ziel einer Strategiediskussion muss es sein, die wirkungsvollsten Maßnahmen gegen Rechtsextremismus zu entwickeln, gesellschaftlich zu verankern sowie in unserer politischen Praxis (im Land, in den Kommunen, in Bündnissen usw.) umzusetzen. Die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Linksextremismus bzw. der Verweis auf linke Positionen als ein Ausgangspunkt für das Entstehen von Rechtsextremismus sind konsequent zurückzuweisen. Dazu bedarf es der stetigen Auseinandersetzung mit dem Thema und dem eigenen Agieren, analytischer und theoretischer Arbeit. Daher können im Leitantrag auch nur Bausteine zu einer solchen Strategie entwickelt werden.

Es geht aktuell um einen wirkungsvollen Ansatz bis 2009 (Landtags- und Kommunalwahlen in Thüringen) sowie um mittel- und langfristige Überlegungen, um rechtsextremistische Einstellungen und ihre Ursachen zu bekämpfen. Allerdings darf sich die Wirksamkeit einer gesellschaftlichen Strategie gegen Rechtsextremismus nicht allein daran messen, ob rechtsextremen Gruppierungen der Einzug in Parlamente und Räte misslingt.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht den repressiven Mitteln eines autoritären Staates überlassen werden.

### **Rechtsextremismus – Struktur- und Strategieanalyse**

Rechtsextreme Einstellungen sind insbesondere geprägt durch die Bereitschaft zur freiwilligen Unterwerfung unter stärkere bzw. nicht legitimierte Herrschaft und die Neigung zur Beherrschung Schwächerer (Autoritarismus). Rechtsextremismus erklärt die Wahrung und Stärkung der eigenen Nation zum obersten Prinzip menschlichen Denkens und Handelns und wertet andere Nationen ab (Nationalismus), ist ethnisch, sozioökonomisch, antisemitisch und rassistisch motiviert, bewertet die Eigenschaften der eigenen Volksgruppe besonders hoch und neigt dazu, fremde Volksgruppen zu benachteiligen oder zu diskriminieren und zielt darauf ab, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sogar zu rechtfertigen.

Der jährlich von der Thüringer Landesregierung in Auftrag gegebene Thüringenmonitor belegt einen stetig steigenden latenten Rechtsextremismus in den Einstellungen der Thüringer Bevölkerung. Jeder 5. der befragten ThüringerInnen verfügt über ein rechtsextremes Weltbild und ebenfalls jeder 5. Thüringer meint, der Nationalsozialismus hätte auch gute Seiten gehabt.

Erschreckend ist die hohe Zustimmung in Thüringen zu rassistischen Positionen. Auf gleichmäßig hohem Niveau stimmen mehr als 50 Prozent der Befragten der Aussage zu, Thüringen sei in einem hohen Maße überfremdet. Hierbei nimmt Thüringen hinter Sachsen-Anhalt den zweiten Platz der Bundesländer bei der Zahl der rassistisch eingestellten Menschen ein, bei gleichzeitig niedrigstem Anteil ausländischer Mitmenschen an der Bevölkerung. Dass die Zustimmung zu rassistischen Positionen in den neuen Bundesländern besonders hoch ist, stellt insbesondere auch die Linkspartei.PDS vor eine große Herausforderung. Versteht sie sich doch als originärer Interessenvertreter der Menschen in den neuen Bundesländern.

Die Ergebnisse des Thüringenmonitors beflügeln rechtsextreme Organisationen in ihrer Annahme, eben keine randständige Minderheit zu sein, sie geben den Rechtsextremen das Gefühl, „Vollstrecker“ einer weit verbreiteten Auffassung in der Bevölkerung zu sein. Die Einstellungen sind auch dafür mitverantwortlich, dass braune Hetze und rassistische oder völkische Parolen oft unwidersprochen bleiben und bei rassistischen Ressentiments nicht eingegriffen wird.

Und einen weiteren Beleg liefert der Thüringen-Monitor: Er belegt das nicht geringe Wählerpotential, über das Neonazis auch in Thüringen verfügen könnten. Mit 4,4% Stimmen für rechtsextreme Parteien, darunter für die NDP mit 3,7% bei der letzten Bundestagswahl in Thüringen und punktuell deutlich höheren lokalen Zustimmungswerten in den Erststimmen sind unübersehbare Alarmzeichen gesetzt. Auch wenn die Einstellungen bislang nicht zu einem konkreten Wahlverhalten führten, ist nicht auszuschließen, dass auch in Thüringen angesichts der Zustimmungswerte und der Normalisierung des Auftretens rechtsextremer Organisationen auch die Wählbarkeit rechtsextremer Parteien steigt.

### **Rechtsextreme Strukturen, Handlungen, Verhaltensweisen und Aktionen**

Der Rechtsextremismus in Thüringen hat in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung erfahren. Derzeit verfügen Alt- und Neonazis über ein landesweit geknüpftes Netz von Organisationen.

Es gibt kaum „weiße Flecke“, d.h. Regionen, in denen nicht braune Kameradschaften oder Kreisverbände der rechtsextremen NPD flächendeckend und kontinuierlich organisiert sind, über personelle Ressourcen und eine gesteigerte Mobilisierungsfähigkeit verfügen.<sup>2</sup>

Insbesondere im westlichen Thüringen und in den größeren Städten hat sich in jüngster Zeit ein Schwerpunkt rechtsextreme Aktivitäten herausgebildet, aber auch in anderen Regionen sind in wachsendem Maße Aktionen, Aufmärsche und eine zunehmend aggressive Öffentlichkeitsarbeit von rechts zu beobachten.

Thüringer Rechtsextreme haben in den vergangenen Jahren ihre Aktivitäten deutlich gesteigert, sind insbesondere in den Kommunen präsenter geworden und gehen strategisch gezielt auf junge Menschen zu.

Die Neonazis erobern sich die Kommunen nicht nur durch die Gründung von Organisationen, sondern auch durch das Aufgreifen kommunaler Themen. Mit dieser Strategie versuchen sie sich langfristig im unmittelbaren Lebensbereich der Menschen zu verankern und so

---

<sup>2</sup> Von 6 Kreisverbänden der NPD im Jahr 2004 erhöhte sich deren Zahl bis 2006 auf 13  
O:\TEXTE\Parteitage\9. Landesparteitag, 2. Tagung Schmalkalden\Inhalte\Beschluss  
Rechtsextremismus.doc

Akzeptanz zu erhalten, was dann wie z.B. in Sachsen oder Mecklenburg-Vorpommern den langjährigen Vorlauf zu entsprechenden Wahlergebnissen von 2004 gebildet hat.

Neonazis in Thüringen geben vor, gegen die Windräder vor der Wartburg, gegen die Schließung von Kindergärten, gegen Müllverbrennungsanlagen zu kämpfen und bieten sich in der ehrenamtlichen Arbeit an. Sie protestieren gegen die Schließung von Theatern, stellen sich an die Seite sozialer Bewegungen und greifen antikapitalistische und globalisierungskritische Positionen auf. Dabei besetzen sie die Themen nationalistisch, rassistisch und völkisch.

Vielfach sind die Rechtsextremen dabei nicht auf den ersten Blick als solche erkennbar; die kommunalpolitischen Akteure vor Ort sind meist nicht auf die Beteiligungsversuche der Nazis vorbereitet und stehen dem oft hilflos gegenüber.

Die politische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wird oftmals dadurch erschwert, dass sich auch in sozialen Protesten völkische und antisemitische Ansätze wiederfinden lassen. Dies erleichtert rechtsextremen Strukturen die Mitwirkung an den sozialen Protesten, zumal auch ein Teil der Teilnahme von Rechtsextremen kritiklos gegenübersteht.

### **Die Linkspartei.PDS Thüringen – Selbstbetrachtung in diesem Kontext**

Die Rolle der Linkspartei.PDS im politischen Gefüge Thüringens wird bestimmt sowohl durch Erwartungen und Zuschreibungen von außen, als auch durch eigene Ansprüche als demokratische, antifaschistische, antirassistische und sozialistische Partei.

Dabei erscheint das Agieren der Linkspartei.PDS Thüringen in ihrer Rolle als Oppositionskraft oft allzu konsensorientiert, praktische Politik und politischer Anspruch werden in der Wirkung nach außen als zu wenig übereinstimmend gesehen.

Bisher scheinen antifaschistische und Tagespolitik reaktiv und vereinzelt.

Nicht die Partei ist als antifaschistische Struktur im Wirken gegen Rechtsextremisten erkennbar, sondern antifaschistische Politik wird nach außen als von wenigen Personen geprägte Politik wahrgenommen. Landes- und Bundespartei müssen im Themenfeld Antifaschismus wieder deutlicher erkennbar sein.

Fakt ist aber auch: die Linkspartei.PDS Thüringen ist ein verlässlicher und wichtiger Partner für und in antifaschistischen Bündnissen. Wir sagen: Sie muss als solcher erkennbar bleiben. Was uns fehlt, ist eine einheitliche, gemeinsame und Erfolg versprechende Strategie im Kampf gegen den Rechtsextremismus, die sichert, dass wir uns klar gegen völkische, rassistische, antisemitische und nationale Inhalte abgrenzen.

Sozialistische Politik steht für die Unteilbarkeit von Menschenrechten, für soziale und politische Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Teilhabechancen für **alle** Menschen!

### **Die gesellschaftliche Verantwortung der Linkspartei.PDS**

Nur wenn es gelingt, die Linkspartei.PDS Thüringen als konsequente Opposition gegen die unsoziale Politik der Großen Koalition im Bund und der CDU-Alleinregierung im Land mit einem eigenen Gestaltungsanspruch in der politischen Öffentlichkeit des Landes verstärkt zu profilieren, können wir dem Trend entgegenwirken, dass Menschen sich aus der politischen Debatte entfernen und vom politischen System generell abwenden.

Dafür ist es notwendig, dass die Linkspartei.PDS Thüringen sich in der Auseinandersetzung mit den eigenen Positionen ihrem Auftrag und sozialistischen Anspruch stellt. Das heißt kurz-, mittel- und langfristige Konzepte insbesondere in den Politikfeldern Bildung/Kultur, Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten, politische und Erwachsenenbildung und Jugendarbeit zu entwickeln.

### **Kurzfristige Strategie für die Jahre 2006 bis 2009 - Schwerpunkte in der politischen Arbeit der Linkspartei.PDS in Thüringen im aktuellen Kampf gegen Rechtsextremismus**

#### **Bildung nach innen – Die Sensibilisierung der Mitgliedschaft der Linkspartei.PDS**

Die Linkspartei.PDS Thüringen startet eine Informationskampagne mit dem Ziel, in allen Gebietsverbänden die regionalen Strukturen der extremen Rechten aufzudecken, über Ursachen, theoretischen Grundlagen, Erscheinungsformen, Folgen eines weiteren Erstarkens und mögliche Gegenstrategien zu diskutieren.

Einhergehend mit dieser Informationskampagne hat die Debatte der eigenen Politik- und Mobilisierungsfähigkeit, der deutlichen Benennung der eigenen Stärken und Schwächen sowie die Erarbeitung von Handlungsoptionen und Anforderungen an die Gremien und Strukturen der Linkspartei.PDS auf lokaler, regionaler und Landesebene einen besonderen Stellenwert.

#### **Politikauftrag nach außen – Die inhaltliche Positionierung und Handeln der Linkspartei.PDS**

In der programmatischen und inhaltlichen Arbeit legen wir besonderes Augenmerk auf die deutliche Positionierung der Linkspartei.PDS Thüringen in Abgrenzung zu völkischen, rassistischen, antisemitischen oder nationalistischen Parolen und Argumentationen, um der Besetzung der sozialen Frage und kommunaler Themen von Rechts entgegenzuwirken.

Dabei ist es wichtig, die Ziele der Linkspartei.PDS – soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabechancen für alle Menschen immer wieder herauszuarbeiten.

#### **Die Kreisverbände sind aufgerufen zu:**

- Zum Aufbau und Stärkung lokaler Bündnisse gegen Rechts und auch für soziale Gerechtigkeit (ohne die Partei in den Vordergrund zu stellen!)
- Dort, wo Aktivitäten gegen Rechts und für soziale Gerechtigkeit stattfinden, die Mitglieder zu motivieren und mobilisieren und deutlich erkennbar in Massen teilzunehmen
- Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Schulen und Förderung von Jugendarbeit zu erschließen und auszuweiten
- Aufklärungsarbeit über Erscheinung, Ziele und Argumente der Rechten zu leisten
- Kontinuierlich die Auseinandersetzung mit rechten Positionen zu betreiben, um die Mitglieder zur Argumentation gegen Rechts zu befähigen (Nutzen der Kleinzeitungen!)
- Stärkung der linken und alternativen Jugendstrukturen
- Zur Unterstützung der linken und alternativen Jugendstrukturen

- Zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in den Orten gegen Rechtsextremismus
- Kampf für Mehr Demokratie auf allen Ebenen

### **Der Landesvorstand wird beauftragt:**

- Eine Bestandsaufnahme zu erstellen, wie die Kreisverbände in Aktivitäten gegen Rechts eingebunden sind
- Entsprechende Infomaterialien (Demogestaltung, Umgang mit Rechten, ziviler Ungehorsam ..... ) zugänglich zu machen
- Eine enge Zusammenarbeit mit dem Thüringer Interessenverband VdN/BdA, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kommunalpolitisches Forum Thüringen e. v.; AG Geschichte und AG Bildung herzustellen
- Einen Info-Pool in WWW (Artikel für Kleinzeitungen, Übersichten, Aktivitäten und Materialien) – Verlinkung mit anderen Seiten zu schaffen
- Konzepte gegen Rechts und rechtes Gedankengut in Parlamenten zu entwickeln
- Den Kampf gegen den Einzug in den Thüringer Landtag unter besonderer Auswertung der Erfahrungen in anderen Bundesländern zu forcieren
- Im Wahlkampf vorrangig unser politisches Profil als Partei für soziale Veränderung zu schärfen
- Konzepte zu entwickeln, wie auf verschiedenen Ebenen parlamentarisch mit der Anwesenheit von Neofaschisten in den Parlamenten umzugehen ist.

### **Mittel- und langfristige Strategie im Kampf gegen Rechtsextremismus:**

Auch wenn es gelingt, die NPD in Thüringen 2009 bei den Landtags- und Kommunalwahlen aus den Parlamenten herauszuhalten, sind damit die im Analyseteil herausgearbeiteten entsprechenden Einstellungen innerhalb der Bevölkerung nicht beseitigt. Diesen entgegenzuwirken und damit den rechtsextremen Strukturen den Nährboden und die Wählerpotentiale zu entziehen, ist die zentrale Herausforderung für die Linkspartei.PDS Thüringen.

Dabei gewinnt die Zusammenarbeit mit antifaschistischen Bündnissen vor Ort, mit dem Thüringer Verband der Verfolgten des Naziregimes/Bund der AntifaschistInnen e.V., dem Kommunalpolitischen Forum e.V. sowie der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen e.V. besondere Bedeutung.

Die Linkspartei.PDS Thüringen hebt in ihrem öffentlichen Agieren die deutliche Unterscheidung zu völkischen, rassistischen, antisemitischen Positionen und Erklärungsmustern hervor.

Charakteristisch für die Politik der Linkspartei.PDS Thüringen auf allen Ebenen ist die eindeutige Positionierung für Angehörige der besonders von Sozialabbau und Diskriminierung betroffenen Bevölkerungsgruppen. Auf Landes-, ebenso wie auf regionaler und lokaler Ebene vertritt die Linkspartei unmissverständlich die Interessen der sozial Schwachen, setzt sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen, von Menschen mit Benachteiligungen, von Migrantinnen und Migranten, von Frauen und anderen vom sozialem Leben ausgegrenzten Gruppen ein.

Teilweise vorhandene autoritäre Strukturen im Thüringer Bildungswesen, welche die Herausbildung und Verfestigung rechter Strukturen unter Heraanwachsenden befördern, sind durch demokratische und emanzipatorische Strukturen zu ersetzen.

Zur Stärkung demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagements sind solidarische und kooperative Beziehungen sowie die Unterstützung antifaschistischer Initiativen und alternativer (Jugend-) Gruppen ebenso wichtig wie die Anerkennung und Akzeptanz anderer Herangehensweisen und politischer Aktionsformen. Die Stärkung demokratischer Formen von Gegenwehr sowie die Förderung nichtrechter Kulturen sind charakteristisch für den emanzipatorischen Anspruch der Linkspartei.PDS.

### **Konkrete Handlungsoptionen**

Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Thüringen erarbeitet bis zum Sommer 2007 in Zusammenarbeit mit dem Kommunalpolitischen Forum Thüringen e.V. und der Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen e.V. ein Konzept zur **innerparteilichen politischen Bildungsarbeit, insbesondere mit dem Blick auf kommunale Handlungsmöglichkeiten** im Wirken gegen Rechtsextremismus.

Rassistische, antisemitische, völkische und nationalistische Einstellungen machen, wie verschiedene Studien und demoskopische Untersuchungen belegen, auch vor Mitgliedern sozialer und linker Bewegungen nicht halt. Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Thüringen wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Gebietsverbänden regelmäßig in geeigneter Form **Informations- und Aufklärungsarbeit** zu leisten.

Im Sinne einer demokratischen, offensiv antirassistischen und antifaschistischen Bildungs- und Aufklärungsarbeit in die Bevölkerung hinein sind die **öffentlichen Bildungs- und Veranstaltungsangebote** der Linkspartei.PDS auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen und inhaltlich und methodisch weiterzuentwickeln.

Der Landesvorstand muss dafür entsprechende Ressourcen und finanzielle Mittel bereitstellen und darauf drängen, dass Verantwortlichkeiten für politische Bildung innerhalb der Gebietsverbände verbindlich umgesetzt werden.

Wirksame politische Bildung und Aufklärung zu Ursachen und Hintergründen des Rechtsextremismus von Seiten der Linkspartei.PDS bedeutet:

- Offensiv antirassistische Bildungsarbeit nach außen und innen sowie Einbeziehung externen Sachverständigen
- die Bereitstellung notwendiger Ressourcen und die Schaffung struktureller Voraussetzungen
- Verbindlichkeit
- Einbeziehen historischen Wissens und theoretischer Analyse
- Initiierung und Förderung parteiunabhängiger Bildungsstrukturen

In Vorbereitung der Landtagswahl 2009 legt die Linkspartei.PDS Thüringen bei der Erarbeitung der Wahlkampfstrategie besonderes Augenmerk auf die Auseinandersetzung mit von der extremen Rechten besetzten Themen und rechten Akteuren.

Ein gesondertes Strategiekonzept soll Kandidatinnen und Kandidaten sowie WahlkämpferInnen der Linkspartei auf diese Auseinandersetzung vorbereiten.

In dieses Strategiekonzept ist die verbindliche **politische und methodische Weiterbildung** der Akteure einzubeziehen. Der Landesvorstand wird beauftragt, in die Erarbeitung dieser Strategie die Erfahrungen der Linkspartei.PDS in Mecklenburg Vorpommern, Sachsen-Anhalt

und Sachsen hierbei ebenso einzubeziehen wie die Angebote der RLS und anderer parteiunabhängiger Institutionen.

Inhaltlich legt die Linkspartei.PDS in ihrer programmatischen Ausrichtung bis 2009 besonderen Wert auf *antirassistische Politikkonzepte* und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie auf Gedenk- und Erinnerungsarbeit und eine lebendige Geschichtspolitik.

Die Linkspartei.PDS Thüringen erstellt regelmäßig einen *alternativen Bericht „Zum Schutz der Verfassung der Demokratie vor Rechtsextremismus“*. Ziel soll sein, öffentliche Aufmerksamkeit und Sensibilisierung für dieses Thema zu erreichen. Wir laden alle demokratischen Kräfte dazu ein.

Im Rahmen konkreter Handlungsoptionen wird der vorbehaltlosen *Neubelebung von Bündnissen* mit Gewerkschaften, emanzipatorischen Initiativen, nicht-staatlichen Organisationen und Vereinen ein hoher Stellenwert eingeräumt. Es muss gelingen, eine breite gesellschaftliche Debatte über demokratische Grundwerte zu entwickeln, die dabei hilft, autoritäre, völkische, rassistische und antisemitische Denkstrukturen zu entlarven und zurückzudrängen.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für den Erhalt und die Kofinanzierung von MOBIT in Thüringen ein, weil dieses Projekt einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen Rechts leistet.